

Zum Tag

Der Kalenderspruch

„Was Macht hat, mich zu verletzen, ist nicht halb so stark wie mein Gefühl, verletzt werden zu können.“

William Shakespeare, englischer Dichter und Dramatiker, 1564-1616

Namenstage

German, Ignatius, Joseph

Der Bibelspruch

„Was aus dem Fleisch geboren ist, das ist Fleisch; und was aus dem Geist geboren ist, das ist Geist.“

Johannes, 3,6

Nachrichten

Photovoltaik-Ausbau im Südwesten schwächelt

Stuttgart Der Ausbau der Photovoltaik in Baden-Württemberg hat sich im ersten Halbjahr 2025 verlangsamt. Mit 988 Megawatt neu installierter Leistung ging er im Vergleich zu 2024 um 15 Prozent zurück, so die Klimaschutz- und Energieagentur. Spitzenreiter beim Ausbau ist der Landkreis Biberach (126,3 Megawatt) mit seinem neuen Solarpark in Langenenslingen, gefolgt vom Neckar-Odenwald-Kreis (49,9 Megawatt) und dem Landkreis Konstanz (39,6 Megawatt). Einen gegenläufigen Trend gibt es bei Balkonsolaranlagen. (epd)

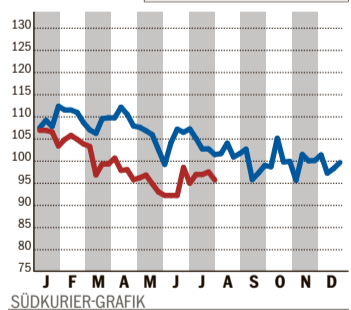
Märkte

Heizöl

Preise für 100 Liter Super-Heizöl bei Lieferung von 3000 Liter einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Zuschläge für Transport- und Logistikkosten. Angaben ermittelt durch den Verband für Energiehandel Südwest-Mitte (Mannheim):  
Konstanz 102,24-103,10;  
Friedrichshafen 100,50-105,11;  
Pfullendorf 98,50-103,10;  
Waldshut 99,17-103,27;  
Villingen-Schw. 99,13-100,10;  
Singen 102,20-103,62;  
Lörrach 99,06-102,52.

Leichtes Heizöl\* (\*Premiumqualität)

Durchschnittspreis inkl. MwSt. bei Abnahme von 2500 bis 3500 Litern. Festgestellt von der Stuttgarter Waren- und Produktbörse.	In Euro je 100 Liter
	— = 2025
	— = 2024
	Stand 29.07.2025:
	<b>95,02</b>



# Hacker legen ganze Städte lahm

- Betriebe und Kommunen im Visier Cyberkrimineller
- Wie der Südwesten gegensteuern will

VON MARKUS WALLBRECHER

Karlsruhe/Schriesheim Freitagabend war noch alles wie immer – Montagmorgen dann: Funkstille. Ein Hackerangriff traf die IT-Struktur der Stadt Karlsruhe, die Verwaltung nahm die Server von 77 allgemeinbildenden Schulen vom Netz. Eine digitale Notabschaltung – nicht, weil bereits überall Schaden entstanden war, sondern um ihn zu verhindern. Acht Schulen waren konkret betroffen, bei zehn mussten die Server ausgetauscht werden. Wo sonst Unterricht mit Tablets, digitalen Tafeln und Cloud-Zugängen lief, herrschte plötzlich wieder Papiermodus. Erst mehrere Wochen später konnten alle Schulen den digitalen Betrieb wieder aufnehmen. Ein Extremfall, der sich im Februar 2023 ereignete.

Ein Jahr zuvor musste auch Schriesheim im Rhein-Neckar-Kreis feststellen, wie fragil IT-Systeme sein können. Wann genau und wie sich die Schadsoftware in den Systemen ausbreiten



„Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen ist die Verunsicherung groß, ob sie überhaupt betroffen sind.“

Marc Mühleck, IHK Karlsruhe, über die EU-Richtlinie zur kritischen Infrastruktur

konnte, konnte nie festgestellt werden. Auch hier ging plötzlich nichts mehr. Keine E-Mails. Kein klingelndes Telefon im Rathaus. Die Stadtverwaltung – lahmgelegt. Innerhalb von Sekunden wurde aus dem Herzstück der kommunalen Infrastruktur eine Geisel in einem digitalen Erpressungsszenario. Keine expliziten Geldsummen, dafür ein Ultimatum: Entweder reagiert die Stadt – oder Daten von Bürgern werden im Darknet veröffentlicht, was schließlich auch passierte.

Karlsruhe und Schriesheim stehen exemplarisch für eine beunruhigende Entwicklung. Nicht nur Betriebe, auch Kommunen geraten zunehmend ins Visier internationaler Cyberkrimineller. Das Bundeskriminalamt zählte 2024 mehr als 950 Angriffe auf Institutionen und Unternehmen in Deutschland. Dabei handelte es sich um sogenannte Ransomware-Angriffe, bei denen Schadsoftware (Malware) eingesetzt wird, um den Zugriff auf Daten oder ganze Computersysteme zu blockieren oder zu verschlüsseln.

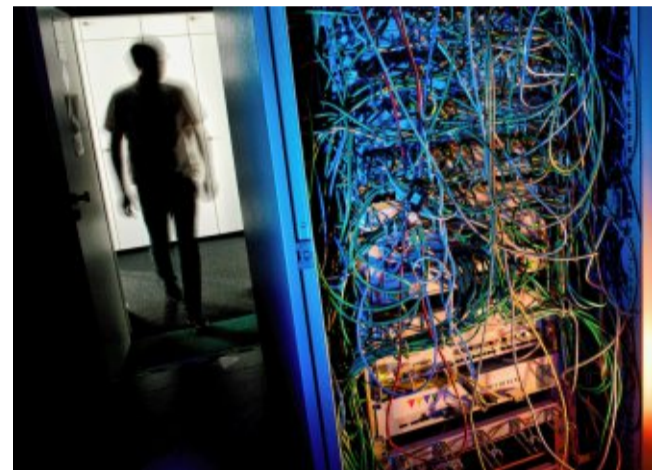
Die Gefahr von Cyber-Angriffen für Unternehmen unterstreicht eine neue Umfrage des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und des TÜV. „Die deutsche Wirtschaft steht im Fadenkreuz staatlicher und krimineller Hacker, die sensible Daten erbeuten, Geld erpressen oder wichtige Versorgungsstrukturen sabotieren wollen“, erklärte TÜV-Chef Michael Fühlig im Juni. „Allerdings scheinen viele Unternehmen die Risiken zu unterschätzen.“ Der Untersuchung nach sind im



Luftbild von Karlsruhe mit Schloss: Ein Hackerangriff traf 2023 die IT-Struktur der Stadt. Die Verwaltung nahm die Server von 77 allgemeinbildenden Schulen vom Netz. Acht Schulen waren konkret betroffen, bei zehn mussten die Server ausgetauscht werden. FOTO: ULI DECK, DPA

## Ditzingen als Vorbild

Die Stadtwerke Ditzingen kümmern sich seit 2011 um die Versorgung der Stadt mit 13.000 Haushalten und 2000 Gewerbebetrieben plus 20 öffentliche E-Ladesäulen. Bereits 2021 führte Geschäftsführer Frank Feil ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) ein – freiwillig und lange bevor die EU die neue Richtlinie NIS-2 entwickelte. Heute gibt es eine Cloud-Infrastruktur, eine zentrale Geräteverwaltung und Phishing-Trainings. (sk)



Ein Mann vor einem Serverschrank mit Netzkabeln: Hacker haben es zunehmend auf die IT-Struktur von Firmen und Behörden abgesehen. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 15 Prozent der Unternehmen Opfer eines Cyberangriffs geworden. FOTO: JULIAN STRATENSCHULTE, DPA

vergangenen Jahr 15 Prozent der Unternehmen Opfer eines Cyberangriffs geworden – das ist ein Anstieg von vier Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr.

Verhindern oder zumindest erschweren sollen solche Cyberattacken auf Kommunen und Unternehmen eigentlich die europäische Richtlinie „NIS-2“ („Network and Information Security (NIS) Directive“). Die Idee des Regelwerks: Kritische Infrastrukturen besser zu schützen – dafür nimmt die Europäische Union (EU) alle Beteiligten stärker in die Pflicht. Ob Energieversorger, Krankenhäuser oder Lebensmittelhersteller: Wer zur kritischen Infrastruktur zählt, soll nicht nur über ein wirksames IT-Sicherheitsmanagement verfügen, sondern das auch nachweisen.

Außerdem sollen erhebliche Vorfälle binnen 24 Stunden gemeldet werden – direkt an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sowie an das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Bei Verstößen drohen empfindliche Bußgelder, bis zu 10 Millionen Euro oder zwei Prozent des weltweiten Jahresumsatzes – je nachdem, welcher Betrag höher ist. Auch das Management der jeweiligen Betriebe steht in der Verantwortung: Es haftet persönlich für Versäumnisse – und ist verpflichtet, sich regelmäßig fortzubilden.

Wie viele Betriebe unter die neue Richtlinie fallen, ist unklar. Marc Mühleck von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Karlsruhe sagt dazu: „Der Geltungsbereich der neuen NIS-

Richtlinie geht weit über die bislang bekannten Schlüsselunternehmen im Bereich der kritischen Infrastrukturen hinaus. Nach Berechnungen des Gesetzgebers entstehen daraus neue Pflichten für mehr als 25.000 Unternehmen. Insgesamt betrifft der Anwendungsbereich direkt fast 30.000 Betriebe – zusätzlich ergeben sich daraus Sicherheitsanforderungen für Unternehmen entlang der gesamten Lieferkette.“ Im Fokus stehen sogenannte „wesentliche“ und „wichtige Einrichtungen“ – darun-



„Viele Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht.“

Nicole Hoffmeister-Kraut, Wirtschaftsministerin

ter Versorger, Verkehrsunternehmen, medizinische Einrichtungen, Lebensmittelhersteller, IT-Dienstleister und viele mehr. Das Regelwerk der Richtlinie ist komplex. „Gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen ist die Verunsicherung groß, ob sie überhaupt betroffen sind – hier helfen die Betroffenenprüfung des BSI oder eine Beratung durch die IHK“, sagt Mühleck.

Viele Betriebe dürften also massiv in ihre IT-Sicherheit investieren müssen. Laut Mühleck könnten allein durch die Umsetzung jährlich Kosten von 2,2 Milliarden Euro auf sie zukommen. Zudem erwartet er einmalige Aufwände von rund 2,1 Milliarden Euro – etwa für

Prozessanpassungen und Dokumentation. Hinzu kommt: Die Mitgliedstaaten der EU waren verpflichtet, die NIS-2-Richtlinie bis spätestens 18. Oktober 2024 in nationales Recht umzusetzen. Deutschland hat diese Frist nicht eingehalten. Die neue Bundesregierung arbeitet zwar an einem Umsetzungs-gesetz, aber die EU-Kommission könnte noch ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten – mit unabsehbaren finanziellen Folgen für Deutschland, denn pauschale Strafen sind nicht vorgesehen. Die Landesministerien und IHKs Baden-Württembergs gehen davon aus, dass die NIS-2-Richtlinie im zweiten Quartal 2025 endlich umgesetzt wird.

Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut blickt mit Sorge auf die zunehmenden Gefahren für Unternehmen und kommunale Betriebe: „Die NIS-2-Richtlinie soll dazu beitragen, die Resilienz der Wirtschaft gegenüber Cyberangriffen zu erhöhen. Und das ist angesichts der Bedrohungslage für die Unternehmen hier bei uns im Land auch dringend nötig“, sagte sie auf Anfrage. Sie sieht bei vielen Unternehmen Handlungsbedarf: „Viele haben sich bereits auf den Weg gemacht. Doch gerade kleine und mittlere Unternehmen haben noch Nachholbedarf.“ Und zum nationalen Umsetzungs-gesetz: „Es darf die Unternehmen in Baden-Württemberg nicht überproportional belasten. Wir setzen uns für eine bürokratiearme und digitalisierte Umsetzung ein.“ Das Land unterstütze gerade kleinere und mittlere Unternehmen mit Beratung und geförderten Projekten.

## Gewinn bricht um die Hälfte ein

US-Zölle, intensiver Wettbewerb in China und Kosten für ein Sparprogramm sorgen für deutliche Umsatzeinbußen bei Mercedes

Stuttgart Der Gewinn bei Mercedes-Benz ist im ersten Halbjahr um mehr als die Hälfte eingebrochen. Das Konzernergebnis sackte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 55,8 Prozent von rund 6,1 Milliarden Euro auf 2,7 Milliarden Euro ab, wie der Autobauer mitteilte. Als Gründe dafür führten die Stuttgarter unter anderem Zölle, geringere Absatzzahlen und Aufwendungen für Effizienzmaßnahmen an.

Mercedes-Chef Ola Källenius sprach angesichts der Zahlen für das zweite Quartal von soliden Finanzergebnissen. Dabei war das Konzernergebnis

im zweiten Quartal um rund 69 Prozent auf 957 Millionen Euro zurückgegangen. Källenius verwies bei den Gründen auch auf den intensiven Wettbewerb in China – dem wichtigsten und größten Markt.

Finanzchef Harald Wilhelm bezifferte die Belastungen durch Zolleffekte im zweiten Quartal auf einen mittleren dreistelligen Millionenbetrag. Diese dürften vor allem mit den US-Zöllen für Importe aus der EU zusammenhängen. Für Beschäftigte, die im Rahmen eines Sparprogramms Abfindungsangebote unterzeichnet hätten, seien 560 Millionen Euro zurückgestellt worden. Wie viele Mitarbeiter das sind, sagte Wilhelm nicht.

Mit Blick auf das laufende Geschäftsjahr rechnet Mercedes nun mit einem Konzernumsatz deutlich unter dem



Ola Källenius ist Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz-Group AG. FOTO: DPA

Vorjahresniveau. Die bereinigte Umsatzrendite der Pkw-Sparte soll 2025 nur noch zwischen vier und sechs Prozent liegen. Im ohnehin schon schwachen Vorjahr betrug sie 8,1 Prozent. Auch der Absatz werde voraussichtlich deutlich niedriger ausfallen. (dpa)

## Porsche muss sparen

Absatzminus in China, Zölle in den USA, stockende E-Offensive: Porsche hat trotz Sparanstrengungen mehrere große Baustellen

Stuttgart Der Gewinn des Sport- und Geländewagenbauers Porsche ist im ersten Halbjahr abgestürzt. Das Konzernergebnis von Januar bis Juni lag bei 718 Millionen Euro, wie das Unternehmen mitteilte. Das ist ein Minus von gut 71 Prozent. Im Vorjahreszeitraum lag der Überschuss noch bei knapp 2,2 Milliarden Euro. Die Situation hat sich damit weiter zugespitzt: Im ersten Quartal meldeten die Stuttgarter noch einen Nachsteuergewinn von rund 518 Millionen Euro – im Zeitraum von April bis Juni kamen nur 200 Millionen hinzu. Dramatisch sah es im zweiten Quar-

tal aus: Im Autogeschäft – ohne Finanzdienstleistungen – verbuchten die Schwaben einen operativen Gewinneinbruch von knapp 91 Prozent. „Wir haben es weltweit weiterhin mit erheblichen Herausforderungen zu tun“, sagte Porsche-Chef Oliver Blume. Erst von 2026 an erwarte er wieder ein „positives wirtschaftliches Momentum“.

Zuletzt hatte das Management ein Absatzminus in China vermeldet. Auch hohe Umbaukosten und die US-Einfuhrzölle belasten das Geschäft. Mit dem schleppenden Wandel zur E-Mobilität sind außerdem erhebliche Investitionen verbunden. Daher ist Sparen angesagt: Bis 2029 will Porsche rund 1900 Stellen in der Region Stuttgart streichen. Die erhöhten US-Zölle will man unter anderem mit Preiserhöhungen abfedern. (dpa)